



WO ATOMAUSSTIEG DRAUFSTEHT, IST DA AUCH ATOMAUSSTIEG DRIN?



WARUM WEITER PROTESTIEREN UND WIDERSTEHEN JETZT SO WICHTIG IST!

von Kerstin Rudek
Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg

Seit 34 Jahren kämpfen wir mit Phantasie und Entschlossenheit gegen Atomkraft und ein Endlager im Salzstock Gorleben.

Dabei gab es viele verschiedene Phasen der Anti-Atom-Bewegung. Mal waren es große Demonstrationen, wie die 100.000 Menschen beim Treck in Hannover 1979. Mal waren es kleine Demos von 4000 Leuten, der harte Kern, wie beim Castor-protest 2002 nach den Konsensvereinbarungen und dem weichgespülten Atomausstieg von SPD und Grünen 2001.

Ein großer Teil der Anti-Atom-Bewegung war befriedet. Viele hatten Hoffnung in die parlamentarische

Umsetzung des politisch erklärten Willens, Schluss zu machen mit der Atomkraft. Andere waren müde. Ausgestiegen sind wir bis heute nicht.

Ja, wir stören!

Bei allem Respekt gegenüber den eigenen Erfolgen und der Freude darüber, dass nun endlich acht Atomkraftwerke abgeschaltet sind, bleibt doch noch viel Grund zum weiter skeptisch und am Ball bleiben. Das Weiterlaufen der restlichen AKW bis 2022 ist eine unerträgliche Zumutung. Ständig die Gefahr eines Super-GAU vor Augen, wird weiter Uran vorwiegend in Gebieten indigener Völker abgebaut, erleiden weiter Kinder um Atomkraftwerke Krebs und Leukämie. Ganz zu schweigen vom wachsenden Atom-müllberg, von dem kein Mensch

weiß, wohin damit. Das von der Bundesregierung geplante Atomgesetz stellt einen Bestandsschutz für die laufenden neun Atommeiler dar. Manche AKW würden an die 40 Jahre Gesamtlaufzeit bestätigt bekommen. Hier sind schlimme Unfälle vorprogrammiert.

Stilllegung sofort!

Umweltorganisationen rechnen vor, dass ein Abschalten komplett bis 2015 möglich ist. Selbst das Bundesumweltamt, das dem Bundesumweltministerium unterstellt ist, kommt in der neuesten Studie zu dem Schluss, bis 2017 alle AKW abschalten zu können, ohne Atomstromimport, ohne Versorgungsengpässe und ohne Netzprobleme. Frau Merkel will also ohne Not den Weiterbetrieb von neun Atomkraftwerken bis 2022 beschließen lassen, in alter Manier, ein Geschenk an die Atomstrom-Riesen, auf Kosten unserer aller Gesundheit und Sicherheit. Und man darf gespannt sein, wer im





politischen Reigen darauf einstimmt. Die zweite Hälfte des Skandals betrifft das Festhalten am geplanten Endlagerstandort Gorleben. Trotz erwiesener Nichteignung wird weitergebaut. Es werden weiter die Klagemöglichkeiten der Anwohnerinnen und Anwohner per Bergrecht ausgeschlossen. In Gorleben werden Fakten geschaffen. Neben den bereits 1,6 ins Salz versenkten Milliarden Euro wird das Zwischenlager weiter mit Castorbehältern angefüllt, der Transport für November 2011 ist bereits vom Bundesamt für Strahlenschutz genehmigt. Das Atomgesetz und alle, die dem zustimmen, legitimieren einen Weiterbau in Gorleben gegen jeden gesunden Menschenverstand, gegen wissenschaftliche Gutachten und gegen die Erfahrungen und Ergebnisse aus den Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen zur Asse im Landtag Hannover und zu Gorleben im Bundestag.

Gorleben raus aus dem Topf

Wir fordern die endgültige Aufgabe des ungeeigneten Endlagerstandortes Gorleben. Wir fordern den Rückbau des Salzbergwerkes. Es wird niemals ein sicheres Endlager geben. Aber es darf auch niemals ein drittklassiger Standort wie Gorleben für Atommüll geschaffen werden. Kosten dürfen keine Rolle spielen. Die Kriegskasse der Atomstromkonzerne, der steuerbefreite Rückstellungsfonds für Abrissarbeiten der AKW und Atommüll-lagerung, enthält über 27 Milliarden Euro. Dieses Geld gehört in einen

öffentlich-rechtlichen Fonds überführt und soll zur Suche nach dem bestmöglichen Standort zur Atommüllaufbewahrung verwendet werden. Eine gesellschaftliche Lösung ist nur in Sicht, wenn alle Atom-anlagen, dazu gehört beispielsweise auch die Urananreicherungsanlage in Gronau, sofort stillgelegt werden.

Wir machen weiter!

Deshalb bleiben wir am Ball und werden wach und mutig weiter streiten. Damit den Worten der Politik auch Taten folgen. Und damit die Politik den Kurs korrigiert. Wir diskutieren und demonstrieren weiter, wir machen weiter entschlossene Aktionen für einen Atomausstieg, der diesen Namen auch verdient!

INTERVIEW ZUR RESOLUTION DER CDU IM GEMEINDERAT KARWITZ AN DIE BUNDES- UND LANDESREGIERUNG ZUM THEMA „ATOMKRAFT“ MIT

Horst Harms, Bürgermeister der Gemeinde Karwitz (CDU) und Ulrich Dreyer, stellv. Bürgermeister der Gemeinde Karwitz und Vorsitzender des CDU-Ortsverbandes

Wie ist Ihre Position zur Atomenergie und besonders zur Erkundung des Salzstockes Gorleben?

Harms: „Also erstmal wollen wir die Erkundung des Salzstockes Gorleben stoppen, weil wir gesehen haben, wie in der Asse das Wasser einfließt. Das ist natürlich auch ein gravierender Punkt. Und man kriegt den Atommüll so schnell auch nicht wieder raus. Die Kosten sind immens und letztendlich ist es natürlich wieder der Bürger, der es bezahlen muss. Deswegen haben wir gesagt, dass wir eine weitere Erkundung des Salzstockes Gorleben nicht weiter

wollen sowie keine weiteren Castortransporte nach Gorleben, bei denen wir fordern, dass diese auch bei den Kernkraftwerken bleiben sollen.

Ich stelle mir eine Endlagersuche nach dem Schweizer Vorbild vor, wo in verschiedenen Wirtsgesteinen und nach festgelegten Kriterien erkundet wird.“

Das klingt ganz weit weg von dem, was die CDU zurzeit vertritt?

Harms: „Ja, da gehe ich jetzt auch mal von aus. Wir haben wegen der Laufzeitverlängerung gesagt: da ziehen wir nicht mehr mit.“

Seit wann vertreten Sie diese andere Position, seit dem Unfall in Fukushima, seit dem Beschluss zur Laufzeitverlängerung oder noch länger?

Harms: „Ich gehe ja schon seit ca. sieben Jahren zu Demonstrationen, natürlich war auch ein bisschen Pause dabei, wenn man kleine Kinder hat, dann war meine Frau oder meine Tochter dabei, die sind dann losgegangen. Wir haben auch Kuchen gebacken für die Karwitzer beim Castor. Wir vertreten diese Meinung schon länger.

Wir, Herr Dreyer und ich, haben vor der Laufzeitverlängerung gesagt, wir müssen was machen und das war schon vor Japan.“

Sie haben Ihre Position also jetzt nicht vertreten, weil im Herbst Kommunalwahlen sind, sondern schon viel früher aus einem eigenen Impuls heraus?

Harms: „Ja, so ist es richtig.“



WIR TRAUERN UM HEINRICH MESSERSCHMIDT

Heinrich Messerschmidt ist tot. Wir trauern um ihn. Er hat uns das Beispiel eines Menschen hinterlassen, der seine ganze Energie in den Dienst der Auseinandersetzung um die Nutzung der Atomenergie im Allgemeinen und den in Gorleben geplanten Anlagen im Besonderen gestellt hat. Unermüdlich, mit großem Zeitaufwand und persönlichem Arbeitsaufwand, ohne Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand und sein Alter, hat er uns gezeigt, es geht ihm nicht um sich selber, sondern um die Zukunft unserer aller Nachkommen. Er war in Sorge um die Welt, die wir hinterlassen. Er wurde nicht müde, das Handeln der Verantwortlichen als verbrecherisch darzustellen. Er

war immer bereit, viel dafür zu geben, von seiner Lebensenergie, seiner Zeit, seinem Wissen und Können. Manchmal war er erstaunt darüber, dass nicht alle so viel Energie aufbrachten. Am Tag seines Todes plante er noch die Teilnahme an einer Veranstaltung, um am nächsten Tag den Grünen „kritische Fragen“ zu stellen, wie sie es denn mit dem Ausstieg und dem Standort Gorleben halten. Wir werden das für ihn nachholen müssen.

Besonders der Filz von Wissenschaft, Politik und Wirtschaft ließ seine Zornesader anschwellen. Unermüdlich hat er sie angeprangert, die umgefallenen Wissenschaftler, die wider besseren Wissens Gutachten ausstell-



ten und unter dem Einfluss von Politik und Wirtschaft ihre Erkenntnisse umformulierten und unter den Tisch fallen ließen. Sein politischer Weg war konsequent. In der BI war er jahrelang im Beirat. Besonders die Fachgruppe Radioaktivität, der er viel Zeit schenkte, war ihm wichtig. Er hat immer Position bezogen, er war streitbar und man konnte mit ihm streiten. Wir verlieren mit ihm einen Mitstreiter von ungewöhnlicher Ausdauer, Tatkraft und Sachkenntnis. ☀

Ist das allgemeine CDU-Position hier vor Ort und im Landkreis oder ist das nur Ihre besondere und eigene Position?

Harms: „Nein, Herr Dreyer und ich haben das zuerst in der Elbe-Jeetzel-Zeitung veröffentlicht, und dann wurden wir vom Rat und auch von unseren CDU-Mitgliedern gefragt, ob wir nicht eine Resolution machen können. Dann haben wir eine Resolution mit dem ganzen Gemeinderat verfasst.“

Und die Kreis-CDU, wie steht die dazu?

Harms: „Die Kreis-CDU war davon denke ich mal nicht ganz so begeistert, wir haben zwar keine Schelte bekommen und sie haben wohl über unsere Position nachgedacht. Der CDU-Kreisverband bildet sich die Meinung mit der Bundesregierung und will da nichts Falsches sagen, aber sie vertritt jetzt nicht diese Meinung wie wir es tun.“

Dreyer: „Vieles entzündet sich leider immer wieder an Gorleben. Wir vertreten den Standpunkt, dass die Castoren rückholbar gelagert werden müssen, und dass wäre ja im Salzstock Gorleben nicht gegeben, da Salz ein fließfähiges Gestein ist.“

Sie sind also ganz klar für einen Erkundungsstopp in Gorleben und dafür, dass eine Erkundung nach „Schweizer Vorbild“ in Deutschland begonnen wird?

Harms und Dreyer: „Ja genau, das ist richtig.“

Sind Sie bei der Aufstellung der Kandidatenlisten für die Kreistagswahl irgendwie abgestraft worden und haben einen schlechteren Platz

bekommen für Ihre Position?

Dreyer: „Diesen Eindruck habe ich überhaupt nicht, ich habe sogar das Gefühl, dass einige doch unsere Position mit vertreten und ich bin im guten Mittelfeld gelandet.“

Gutes Mittelfeld bedeutet?

Dreyer: „Platz 10 von 19. Das wird zwar nicht reichen, um über die Kreistagsliste einzuziehen, aber es ist ein gewisser Achtungserfolg, denn diese Liste spiegelt auch die Wertschätzung der CDU wieder.“

Wie ist es im November, wenn der nächste Castortransport nach Lüchow-Dannenberg rollt und die Gefahr besteht, dass am Schluss in Bezug auf die Atommüllfrage doch alles wieder an Gorleben „kleben bleiben“ wird, gehen Sie dann auf die Straße?

Harms: „Wir werden wieder auf die Straße gehen, mit Sicherheit!“ ☀



ERFOLG DER ANTI-ATOM-BEWEGUNG ODER WIRTSCHAFTLICHE INTERESSEN?

von Francis Althoff

Natürlich darf gefeiert werden, wenn Atommeiler stillgelegt werden. Nur, kühlen Kopf bewahren und sich das nicht selbstverständlich als reinen Erfolg der Bewegung einreden!

In der Analyse der Situation werden schon länger die finanziellen Aspekte unter den Teppich gekehrt. Denn die Betreiber können sich über die „Abschaltangebote“ freuen, weil Nachrüstungen der Schrottkisten einfach nicht rentabel und technisch kaum bis definitiv nicht machbar sind. Warum war beispielsweise das „Krümmel-Monster“ immer noch nicht wieder am Netz? Oder man lese die Studie der österreichischen Bundesregierung zu Isar I mit dem Fazit: „Die schwerwiegenden Konstruktionsmängel können durch keinerlei Nachrüstungsmaßnahmen ausgeglichen werden“.

Die Selbstbelobigungs-Scheuklappen von Teilen der Bewegung erinnern mich an den Kampf gegen Wackersdorf. Die Entscheidung ge-

gen die WAA wurde auch als angeblich reiner Erfolg der Bewegung gefeiert. Auch damals wurde allzu gerne der wirtschaftliche Aspekt ausgeblendet. Teile der Protestbewegung lehnten sich voll Eigenlob zurück, mit der fatalen Folge, dass Demonstrationen immer kleiner wurden. Und der Müll wurde dann eben fast unbelästigt und billiger ins Ausland gekarrt.

Geld regiert weiterhin

Leider blendet auch die Presselandschaft den wirtschaftlichen Hintergrund als zu unspektakulär und unpopulär nahezu komplett aus. In diesem strahlenden Monopoly-Spiel gibt es aber eben drei Hauptakteure, nicht nur Protest und Politik. Jetzt heißt es aufpassen, dass nicht zuviel Eigenlob absehbarer und lähmender Automatismus innerhalb der Bewegung wird. Jetzt heißt es analysieren, auf den Grund schauen und unbeirrt weiter streiten. Die „Entscheidung der Bundesregierung“ (wer's glaubt) unter fast Stillhalten der Opposition ist für die Atomindustrie extrem lukrativ. Unrentable Meiler aus dem

Verkehr ziehen, bislang atompolitisch hilfreiche Politiker dadurch nebenbei etwas besser aussehen lassen.

Mogelpackung?

Machen wir uns nix vor, es geht wie immer ums Geld, nicht um Vernunft. Auch der „Rückbau“ zur „grünen Wiese“ wird für die Atomindustrie extrem lukrativ und wie wir ja wissen, erst recht das nahezu privatisierte Geschäft um den Strahlenmüll.

Allegorisch gesprochen: Ich habe einen Stapel unsichere Schrott-Autos. Den Teil, der mir zu teuer wird, „entsorge“ ich auf Kosten anderer mit gutem Verdienst. Für den Rest bekomme ich ja problemlos einen virtuellen TÜV-Stempel geschenkt. Dann übertrage ich einfach die Kilometerzahlen, die die abgestellten Autos evtl. noch hätten geschoben werden können, auf meine verbleibenden unsicheren Kisten.

Für jedes komplexe Problem gibt es immer eine ganz einfache Lösung. Nur, die ist meistens falsch. ☀



Am 28. Mai 2011 demonstrierten in über 20 Städten der BRD mehr als 160 000 Menschen für einen Sofortausstieg aus der Atomkraft. Sie protestierten gegen einen „Pseudoausstieg“ und „Scheindialoge“, wie z.B. die schnell gegründete Ethikkommission. In Uelzen gingen ca. 300 Menschen auf die Straße.



Berlin, 29. Mai 2011: 50 Greenpeace-Aktivisten hingen dieses Transparent an das Brandenburger Tor. Als Gruß an Frau Merkel, die zu diesem Zeitpunkt die Regierenden zum „Atom-Treffen“ lud. Der Plan, wie ein praktische Umsetzung funktioniert, 2015 mit der Atomkraft aufzuhören, liegt vor!



DAS SALZ ZURÜCK IN DIE ERDE

von Franziska Behn

Nicht selten müssen sich Atomkraftgegner in den letzten Tagen anhören, dass der Atomausstieg doch nun von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossen wurde und man doch jetzt endlich das erreicht habe, wofür man seit Jahrzehnten demonstriert und gekämpft hat.

Diesen Leuten muss man leider erklären, dass der geplante Atomausstieg zwar durchaus ein Schritt in die richtige Richtung ist: allerdings sind es bis zum anvisierten Ausstiegsjahr 2022 noch 11 lange Jahre hin.

11 Jahre, in denen die gefährlichen Atomkraftwerke weiterhin am Netz sind. 11 Jahre, in denen die Gefahr eines weiteren Super-GAU besteht. 11 Jahre, in denen noch viele andere Politiker Deutschland regieren können und die den Ausstiegsplänen erneut einen Strich durch die Rechnung machen können. Und vor allem; 11 Jahre, in denen weiter Atom Müll produziert wird. Daher weiß man doch jetzt noch nicht einmal, wohin überhaupt mit dem „alten“ Müll.

Wohin nur mit dem „Müll“?

Diese schier unlösbare Problematik der „sicheren“ Endlagerung scheint bei Merkel & Co. derzeit allerdings in den Hintergrund zu geraten. Um zu zeigen, dass dieses „Atom Müll Desaster“ bei den jetzigen Verhandlungen um den Atomausstieg nicht an Bedeutung verlieren darf und dass vor allem Gorleben als mögliches Endlager endlich aufgegeben werden muss, kamen über das Pfingstwochenende Atomkraftgegnerinnen und -gegner von Nah und Fern nach Gorleben, um deutlich zu machen,

was sie von der Weitererkundung Gorlebens halten. Ein breites Bündnis hatte unter dem Motto „Gorleben versalzen“ dazu aufgerufen, mit entschlossenen Aktionen in der Pfingstwoche Widerstand gegen den Endlagerschwarzbau zu leisten.

„Das Salz zurück in die Erde“

Und so trafen sich am Pfingstsonntag rund 800 Demonstrantinnen und Demonstranten zum wöchentlichen „Sonntagsspaziergang“ und machten sich, vorbei am Erkundungsbergwerk, auf in Richtung Salzhalde. Bewappnet mit Schubkarren und päckchenweise Salz sollte dieses dorthin zurückgebracht werden, wo es auch hingehört; unter die ERDE!



Foto: K. Behn/PublIXviewing

Dort angekommen, kletterten einige Aktivistinnen und Aktivisten durch den Zaun und auf den riesigen aufgetürmten Salzhaufen, bejubelt von den hunderten Demonstrantinnen und Demonstranten entlang des Zaunes. Bereits in der Nacht zuvor malten einige „Nachtschwärmer“ den überdimensionalen Schriftzug „Das Salz zurück in die Erde“ auf



Foto: K. Behn/PublIXviewing

eine der steilen Böschungen der großen Salzhalde.

Die Clownsarmee tauchte am Pfingstmontag vor den Toren des Erkundungsbergwerkes auf. Dort trieben sie, ausgerüstet mit Katalpult und Wasserbomben, ihren Schabernack und hielten das Wachpersonal und die Polizei in Atem.



Foto: F. Behn

Und am darauf folgenden Dienstag störten ein paar dutzend Gorlebengegner den Schichtwechsel der Arbeiter des Erkundungsbergwerkes und blockierten stundenlang mit einem Trecker sowie einem Tripod mit einer Kletteraktivistin die Zufahrt zum Gelände.



Foto: K. Rudek

Diese Aktionen haben abermals gezeigt, dass die Pläne der Bundesregierung so nicht zu akzeptieren sind. Es wird weiterhin solange Widerstand geleistet, bis die Arbeiten im Salzstock gestoppt werden und Gorleben als Endlagerstandort aufgegeben wird.





EIN „KONSENS“ MIT GORLEBEN BLEIBT NONSENS!

von Kurt Herzog (DIE LINKE)

In der Atomfrage scheint die mentale Zentralverriegelung im schwarz-gelben Lager geknackt zu sein. Aber Achtung! Zwar mussten CDU und FDP nach Fukushima ihren Plan aufgeben, die Atomenergie bis in die 2040er Jahre laufen zu lassen. Bei genauem Hinschauen gibt es aber wie schon beim rot-grünen „Konsens“ unakzeptable Pferdefüße.

Sechs Atomkraftwerke sollen erst 2021/22 abgeschaltet werden. Es geht aber bei der neuen Marschroute nicht nur um Laufzeiten. Das Atommülllager Schacht Konrad soll – gut geschmiert mit 100 Mio. für die dortigen Kommunen – in Betrieb gehen, und zwar ohne Rückholoption. Das droht ein ähnliches Fiasko wie schon in der Asse zu werden. Der untaugliche Salzstock Gorleben wird mit erster Priorität weiter „erkundet“, besser gesagt als Endlager ausgebaut.



Foto: I. und W. Lowin

Dass dabei die von schwarz-gelb wieder eingeführte Enteignungsmöglichkeit der Grundstücksbesitzer über dem Salzstock ausdrücklich bestehen bleibt, ist allerdings auch kein Zufall. Die würde dann ab 2015 angewendet, wenn die gültigen Nutzungsverträge auslaufen. Such-



Foto: I. und W. Lowin

räume für andere Endlagerstandorte in anderen Bundesländern ändern nichts daran, dass in erster Priorität trotz geologischer k.o.-Mängel der hochaktive Atommüll im Wendland versenkt werden soll. Gemessen am vorgesehenen Sicherheitshorizont von 1 Mio. Jahren, nach relativ kurzer Zeit nicht mehr rückholbar. An Sicherheitsinvestitionen wird es bei den verbleibenden AKW nicht viel geben, das lohnt sich nicht mehr und in den Aufsichtsbehörden herrscht die „alte Denke“. Wie das geht, zeigt das AKW Unterweser, wo man über etliche Jahre den (übrigens auch untauglichen) Schutz vor einem gezielten Flugzeugabsturz mittels Vernebelungsanlage einfach aussaß.

Geld steht über allem Leben!

Der von Rot-Grün 2001 zu Gunsten der Atomwirtschaft aufgeweichte Strahlenschutz bleibt ungenügend und damit Körperverletzung. Die steuerfreien Rückstellungen der Atombetreiber E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall, die ja Zahlungen der GebührenzahlerInnen sind, bleiben unangetastet. Statt sie, wie es eigentlich auch die EU will, in einen transparenten, öffentlichen Fonds zu überführen, nutzen die großen „4“ das Geld wie eine eigene Hausbank und investieren es, wo sie wollen, in

Wasser, Abwasser und IT. Die Versicherung bleibt reines Alibi und damit Atomstrom hoch subventioniert.

So wie es Angela Merkel auf Bundesebene versucht – und offensichtlich mit Aussicht auf Erfolg – will CDU-Ministerpräsident McAllister SPD und Grüne ins Boot holen und im Landtag einen gemeinsamen Antrag zur Ausstiegsoption verabschieden. Und diese signalisieren Bereitschaft dazu. DIE LINKE steht dafür so nicht zur Verfügung. SPD und Grüne würden zum zweiten Mal nach 2001 das Wendland verraten, indem das untaugliche Gorleben die wahrscheinlichste Option als Endlagerstandort bleibt.

Konsequent

Die Energiewende muss aus einem Guss kommen, Schluss mit Atom, Gorleben und Castortransporten und her mit einem Programm für erneuerbare Energien, das ein gigantisches Konjunkturprogramm darstellt. Wer jetzt auf der Bremse steht wie Schwarz-Gelb begeht einen historischen Fehler. Wieder einmal. Und für SPD und Grüne stellt sich einmal mehr die Gretchenfrage. Wenn der Politik-Mainstream sich wieder auf faule Kompromisse einlässt, muss auf „Straße und Schiene“ gezeigt werden, wo's langgeht: November 2011, wir sehen uns... ☀



Foto: K. Behr/PublXviewing



CASTOR UND ENDLAGER: „DOPPELSCHLAG“

von Wolfgang Ehmke
Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg

Es gleicht einem Doppelschlag: Kaum flackert ein Hoffnungsschimmer auf, dass es Alternativen zu Gorleben geben könnte, doch der niedersächsische Ministerpräsident David McAllister (CDU) verkündet umgehend, Gorleben werde zu Ende erkundet. Gleich danach gibt das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) grünes Licht für den nächsten Castortransport nach Gorleben.

Vermutlich im Herbst, aber befristet bis zum 31.01.12, gilt die Transportgenehmigung für 11 Behälter mit hochradioaktivem Müll aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague. Schwarz-Gelb in Niedersachsen erhöht den Druck auf Gorleben. 102 Behälter stehen dort, jeder zementiert Gorleben als möglichen Endlagerstandort.

Wie kann ein „Landesvater“ nur den Ausverkauf einer Region dermaßen forcieren, ohne in seiner Amtszeit auch nur einmal mit der Kreistagsmehrheit im Landkreis

Lüchow-Dannenberg und den Gorleben-Gegnern geredet zu haben?“, fragt die BI-Vorsitzende Kerstin Rudek. Die Mobilisierung gegen den nächsten Castortransport werde nun Fahrt aufnehmen. Der etappenweise und beschleunigte Atomausstieg, den Bund und Länder jetzt beschlossen haben, ist zwar ein „großer Schluck aus der Pulle“.

Restrisiko bleibt

Die Atomkraftgegner im Wendland drängen weiter auf den Sofortausstieg. Das Restrisiko bleibt und niemand kann bei allen technokratischen „Lösungen“ ernsthaft ausschließen, dass sich in einem deutschen AKW bis zum Jahr 2022 kein schwerer Unfall mit fatalen Folgen für Mensch und Natur ereignet. Es ist nun dringend geboten, auch den Euratom-Vertrag zu kündigen, um das verkrustete, lobbyorientierte Verhalten der Nachbarländer aufzubrechen, die an der Atomkraft festhalten. Die Gorleben-Gegner unterstellen Schwarz-Gelb in Land und Bund eine konzertierte Aktion. Die Hoffnung, dass der Sofortvollzug in Gorleben von



If I had a hammer ...

Bundesumweltminister Nobert Röttgen (CDU) aufgehoben und dass der 13. Castortransport in der Geschichte des Wendlands gestoppt würde, um die Endlagersuche unbelastet und wirklich neu starten zu können, ist damit zerstoßen. Dem Vernehmen nach soll ein Endlager-suchgesetz auf den Weg gebracht werden, das eine vergleichende Endlagersuche zum Inhalt hat.

Die Lügengeschichte, Gorleben sei eignungshöflich, wird, solange Gorleben im Pool bleibt, fortgesponnen. Auf diesen „Doppelschlag“ reagieren wir mit einer doppelten Anstrengung: unter der Devise „Jetzt schlägt’s 13“ starten wir die Mobilisierung gegen den Castortransport und für das sofortige Ende Gorlebens als Endlagerstandort. ☀

WANDERAUSSTELLUNG „STRAßE DER ENTHUSIASTEN“

Im Rahmen der Veranstaltungstrilogie „Tschernobyl 25 – Expeditionen“ des Westwendischen Kunstvereins wird am 23. Juli im Gartower Zehntspeicher die Wanderausstellung „Die Straße der Enthusiasten“ eröffnet, die sich mit dem Aufstieg und Fall der ehemaligen sowjetischen Modellstadt Pripjat beschäftigt. Die Stadt Pripjat wurde 1970 für die im Atomkraftwerk Tschernobyl Beschäftigten gebaut. Eine hochmoderne,

junge, sowjetische Modell-Stadt mit 48.000 Einwohnern, viereinhalb Kilometer vom AKW entfernt. Nur sechzehn Jahre später hat man sämtliche Bewohner der verstrahlten Stadt evakuiert, die Stadtgeschichte war zu Ende. Seither steht Pripjat leer, eine monströse Installation. Die Ausstellung des Freiburger Morat-Instituts setzt als Zeitachse den 26.04.1986, also die Chiffre Tschernobyl. Sie zeigt Sichtweisen, Denkwei-

sen und Wahrnehmungen, die vor und nach diesem Termin möglich waren.

Die Ausstellungseröffnung im Zehntspeicher in Quarnstedt bei Gartow ist am 23. Juli um 18 Uhr.

Die Ausstellung läuft bis zum 3. September. Geöffnet ist freitags von 16-19 Uhr sowie samstags und sonntags von 14-18 Uhr.

www.westwendischer-Kunstverein.de



MACHT DER WORTE ODER VERHARMLOSUNG DURCH SPRACHE

von Axel Kahrs

Viele Bürger halten die Sprache der Politiker für Gelaber, für Quatsch oder Blabla. Doch ist Vorsicht geboten. Die, die die Parlamente und Parteien bevölkern, auf öffentlichen Plätzen oder in internen Sitzungen das Wort „ergreifen“, machen das planmäßig und gut vorbereitet.

Sie wissen, dass der, der einer Sache den passenden Begriff gibt, schon halb gewonnen hat. Und so touren sie durch die Talkshows, immer wieder die Worte und Redewendungen wiederholend, auf die man sich vorher intern geeinigt hat. Die Wissenschaftler nennen das Einhämmern zentraler Begriffe, die „Penetration“ der Bevölkerung, und so penetrant kommen uns die Redner ja manchmal auch vor: Müssen wir die Renten kürzen? Nein, man spricht von „Eigenverantwortung als Altersvorsorge“. Müssen wir mehr und zu wechselnden Zeiten arbeiten? Nein, man redet von der „Flexibilisierung einer atmenden Fabrik“. Arbeitsplätze werden vernichtet? Bewahre, Arbeitnehmer werden „freigesetzt“.

Schreibtischtäter

Die Atomwirtschaft ist in diesem Feld einer der kreativsten Sprachschöpfer. Nachdem man es (fast) geschafft hatte, mit dem Begriff „Kernenergie“ von Hiroshima und der Bombe wegzukommen, wurde im Umfeld der nunmehr „sauberen“ Technik das Müllproblem zu einem „Entsorgungspark“ verniedlicht, passend zum „Restrisiko“. Die zugehörigen Behälter erhielten mit „Castor“ und „Pollux“ die Namen griechischer Götterfiguren, wie sie als Statuen im Goethehaus in Weimar eingangs die Gäste begrüßen oder

als Sternbilder in der Antike den Seefahrern Orientierung gaben.

Kleinreden

Ein so fein besetztes Wortnetz musste dann nur noch sprachlich abgegrenzt werden gegen die lästige Konkurrenz und die politischen Gegner. Neben den „Dreckschleudern“ der Kohlekraftwerke wurde die wachsende Solar- und Windenergie lächerlich gemacht wie der Kampf von Don Quichotte gegen die Mühlenflügel, sie wurde als „Nische“ runtergespielt zur „Spielwiese“ der Alternativen, die nur bei Wind und Sonne funktioniert. Die Gegner der Atomindustrie verkamen dabei sprachlich und wurden „Piepmatzideologen, Träumer, Spinner, Phantasten, Utopisten und Ökopaxe“. Nützlicher Nebeneffekt war, dass man sich selber auf die Seite der „Realisten, Pragmatiker, Vernunftbetonten, Rationalisten und Macher“ stellen konnte.

Gedruckte Lügen

Doch nach Fukushima geriet dieses Modell der Herrschaft durch Sprache ins Schleudern. Anfangs bediente man sich je nach politischer Couleur auf der Begriffs-Eskalationsskala:

Es war ein „Ereignis – Vorfall – Störfall – Unfall – größter anzunehmender Unfall (GAU) – noch größer als bisher denkbarer Unfall (SUPER-GAU) – Chaos – Apokalypse“.

Und nun begann die sprachliche Schadensbegrenzung. Wie immer galt es zunächst, das reale Entsetzen und die begründeten Ängste zu beschwichtigen. „Augenmaß“ wurde eingefordert, es solle der „Blick nach vorn gerichtet“ werden. Und

dann kamen die Scheinalternativen: Man warnte vor „unüberlegtem Ausstieg“, rügte „voreilige Beschlüsse“ und „überhastete Reaktionen“. Aber, so sollte man fragen, wie würden die aussehen? Wenn ein Flugzeug abstürzt und der Pilot ruft: „Springen und Fallschirmleine ziehen!“, sagt dann jemand: „Bitte keine voreilige Aufforderung, ich warne vor Windturbulenzen“? Wenn es auf dem sinkenden Schiff heißt: „Alles in die Boote“, sagt dann jemand: „Wir sollten uns nicht blindlings auf die Rettungswesten verlassen, sondern erst deren Belastbarkeit prüfen“?

Schließlich ging ihnen ihr Lieblingsbild verloren. Was hatten die Regierenden doch für eine Freude an dem Begriff der Kernenergie als „Brückentechnologie“. Brücken schlagen, eine Brücke bauen, etwas überbrücken, über sieben Brücken gehen, leise „like a bridge over troubled water“ summend? – wie vertraut und sicher das alles klang. Und dann? Ein hilfloses Wortgewürge setzte ein, als in Japan alle Träume platzten. Man wolle die Brücke, die gerade eben angeblich aus gesamtstaatlicher Verantwortung „in die Zukunft hinein verlängert“ worden war, kürzen. Die Stromkonzerne verkündeten forsch, wer keine Brücken baue, dürfe auch keine Maut nehmen. Und die CDU ließ verlauten, sie „wolle alles dafür tun, die Brücke der Kernkraft schneller hinter uns lassen zu können.“ Die Zeitungen titelten dazu: „CDU will schnell von der Brücke“ – ohne, auf, hinter, vor, unter, neben: wer steht, geht, stolpert oder rennt denn da?

Zuletzt erschien von Axel Kahrs der „Literarische Führer Deutschland“ im Insel Verlag. 



ERKENNUNGSDIENSTLICHE MISSHANDLUNG

Von Leila Adamkiewitz

Im September 2010 bekamen fünf AtomkraftgegnerInnen eine Einladung zur ED-Misshandlung. Der Castortransport nach Gorleben stand bevor und die Behörden sahen offensichtlich die Gefahr, dass sich diese fünf BürgerInnen strafrechtlich relevant verhalten könnten. Der Castortransport ist vorbei, doch die Aufforderung zur ED-Misshandlung bleibt bestehen.

Die sogenannte Erkennungsdienstliche Behandlung (ED) bei der Polizei bedeutet: Fingerabdrücke, Fingerkuppen, Handkanten, Handballen, Handrücken zu nehmen, Fotos zu machen und Narben, Tätowierungen, Größe, Gewicht, Haarfarbe und Schuhgröße in einer Kartei den Ermittlungsbehörden zur Gefahrenabwehr zugänglich zu machen. Diese polizeiliche Maßnahme dient der Justiz im Wendland dazu, politisch aktive Menschen zu kriminalisieren, ohne ordentliches Gerichtsverfahren.

Dass keine dieser fünf geladenen BürgerInnen jemals wegen einer Straftat verurteilt wurde, spielt keine Rolle. Trotzdem besteht aus polizeilicher Sicht die Gefahr einer „Rückfallwahrscheinlichkeit“. Doch wieso Rückfall, wenn es nie eine Verurteilung gab? Bei Nicht-Erscheinen zum Termin wurde die Vorführung mit Gewalt angedroht. Alle fünf haben Klage gegen den Bescheid beim Verwaltungsgericht Lüneburg eingereicht und im Eilverfahren den Sofortvollzug der Maßnahme beklagt. Drei Anträge hat das Gericht abgewiesen mit dem Hinweis, es sei im öffentlichen Interesse, weitere „Straftaten“ zu verhindern. Diese drei mussten im Februar und April zur ED-Behandlung, gegen zwei wurde die Maßnahme fallengelassen. Bei den dreien wurde das zunächst geforderte Untersuchen und Fotografieren von Narben und Tätowierungen fallen gelassen, jedoch erst nach Hinweis auf einen möglichen Eingriff ins Persönlichkeitsrecht. Das heißt: normale Kleidung und nur was sichtbar ist darf fotografiert werden, somit auch kein Ausziehen von Jacken und Schuhen! Die Beamten „wissen“ jedoch oft nicht oder wollen es nicht wissen,



Foto: K. Behr/PublXviewing

Gesehen am Pfingstwochenende am Endlagerschwarzbau in Gorleben; ... die machen doch nur ihre Arbeit ...?

was darf und was nicht. Getreu nach dem Credo „darf's etwas mehr sein“ wird möglicherweise versucht werden, das Maximum an Einblick über euch zu bekommen. Geht also, wenn ihr müsst, gut informiert da hin. Euer Anwalt und der Ermittlungsausschuss (EA) helfen euch dabei.

Treffen kann es jede/n. Lasst euch nicht einschüchtern. Wenn ihr eine Ladung bekommt, dann meldet euch beim EA. Der hilft euch mit Anwälten, bringt euch mit Betroffenen zusammen und gibt euch Kraft und Unterstützung. Ihr seid nicht allein. Euer Anwalt hat Klage eingereicht, trotzdem müsst ihr hin? Keine Angst: ihr dürft eine Person als Zeugen und zu euerem Schutz mitnehmen. Achtet darauf, was die Polizei machen darf, was nicht. Nehmt den „aktuellen“ Bescheid des Anwaltes mit!

Wir lassen uns niX gefallen und uns auf keinen Fall einschüchtern. Der Kampf gegen den drohenden Polizeistaat und gegen das, vor allem im Wendland, gern benutzte Instrument des Unterwanderns der Bürgerrechte durch den verlängerten Arm der gewählten VolXvertreter geht weiter. 



Foto: I. Schnieder

Anderthalbstündige Blockade an der Polizeikaserne in Lüchow im Oktober 2010. Hintergrund war die Vorladung einzelner AtomkraftgegnerInnen zu einer ED-Behandlung.



DAS GESCHENK DER IAEA AN JAPAN – BERICHT DER INTERNATIONALEN ATOMENERGIEBEHÖRDE LOBT KRISENMANAGEMENT

Von Robert Zedow

Weltweit staunen Atomkraftgegner über das Lob, das die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) der japanischen Regierung und dem Kraftwerksbetreiber Tepco für ihr „beispielloses Krisenmanagement“ nach dem Fukushima-Desaster ausgestellt hat.

Zehn Tage bereiste Ende Mai eine 18-köpfige Kommission der Atom-schützer das verstrahlte Gebiet rund um den havarierten Meiler im Land der aufgehenden Sonne. Der nun vorgelegte Bericht verschweigt gravierende Mängel bei der Bewältigung der Katastrophe und stellt dem Betreiber Tepco, der japanischen Regierung und der nationalen Atom-aufsicht ein insgesamt eher wohl-wollendes Zeugnis aus.

Was Millionen geschockte Menschen täglich in der Berichterstattung über den GAU vermittelt bekamen, wollten die Herren aus Wien drei Monate später ganz anders gesehen haben. Kein Zurückhalten von Informa-tionen, keine Lügen, keine Ver-schleppung, keine gefälschten Prüf-berichte, kein Versuch der Vertuschung. Nichts von den planlosen, amateurhaften und verzweifelten Versuchen, den schon kochenden Atombrei zu kühlen und den GAU insgesamt herunter zu spielen. Dass die vor Ort eingesetzten Liquidato-ren nicht einmal über eine aus-reichende Anzahl von Strahlenmess-geräten verfügten, die Versorgung mit Nahrung mangelhaft war und, kaum zu glauben, die eilig zusam-ge-trommelte Tepco-Kamikazetruppe sich wochenlang Betten und Decken teilen musste, all das findet im



Die IAEA bei ihrer vertrauens-erweckenden Arbeit, in Fukushima.

Bericht der UN-Behörde keine Erwähnung. „Beispielloses Krisenmanagement“ aus Sicht der Atom-kontrolleure. Da fordert die UN-Behörde auf ihrer Sonderkonferenz zwar eine „deutliche Verbesserung bei der globalen Nuklearsicherheit“, u. a. Stresstests bei allen 440 laufen-den AKW, und mahnt gleichzeitig mehr Kompetenz an, doch auf mehr als „Empfehlungen“ konnten sich die Teilnehmer nicht einigen. Solange es keine international verpflichtenden Sicherheitsstandards und unab-hängige Kontrollen gibt, darf beim Bau und Betrieb von KKW also weiter gepfuscht, getäuscht und gefälscht werden. Und genau gegen diese einheitlichen Standards regte sich bereits in Wien Widerstand, u. a. von der japanischen Regierung.

Der IAEA-Bericht zu Fukushima und die ohne Beschlüsse zu Ende ge-gangene einwöchige Konferenz in Wien machen einmal mehr deutlich, wie eng KKW-Betreiber, Politik und Aufsichtsbehörden vernetzt sind und wie gerne sie auch weiter unter sich zu bleiben gedenken. Auch in Zukunft will sich die Atommafia nicht auf die Finger schauen lassen und der „Kontrolleur“ der Atom-befürworter, die IAEA, bleibt ein zahnloser Tiger. ☀



Verstrahlte Wassertanks am AKW 1 in Fukushima.

LESERBRIEF

von Max Widmann/Piening

Mit Bestürzung lese ich die Berichte über die Ergebnisse der Experten-Kommission zur Sicherheit deutscher Kernkraftwerke. Darin wird auf das Risiko eines Flugzeugabsturzes eingegangen. Als Referenz dient ein Starfighter. Als ehemaliges Mitglied der Bundes-Luftwaffe möchte ich mitteilen, dass der Starfighter F104G in Deutschland bereits vor zwanzig Jahren (1991) außer Dienst gestellt wurde, es kann also schon lange keiner mehr auf ein AKW stürzen. Zudem wies er mit 13 Tonnen weniger als die Hälfte des maximalen Startgewichts auf als der vergleich-bare, heute fliegende Militär-Jet Tornado (28 Tonnen). Außerdem erreichte er eine sehr viel geringere Geschwindigkeit, führte sehr viel weniger Treibstoff mit sich und konnte eine weit geringere Waffen-last tragen. Der Bezug zum Starfighter als aktuelle Kenngröße zur Sicherheitsberechnung des Contain-ments gegen ein einschlagendes Kampfflugzeug der Luftwaffe ist demzufolge reine Augenwischerei und absolut falsch. Der Kom-missionsbericht wirft zumindest in diesem Aspekt ein extrem schlechtes Licht auf die Aktualität und Qualität dieser „Experten“. ☀



EINDRÜCKE EINER REISE IN DIE KATASTROPHE

von Thomas Breuer (Leiter der Energieabteilung bei Greenpeace)

In der ersten Aprilhälfte war ein international besetztes Team von Greenpeace in Japan unterwegs, um unabhängige Messungen durchzuführen.



Foto: M. Redondo/Greenpeace

Familienvater:

Zerstörte Lebens-Perspektive. Lebte etwa 25 km nördlich der havarierten Reaktoren von Fukushima. Vier Tage nach dem Unfall hat sich der Familienvater mit seiner Frau und seinen drei Kleinkindern auf eigene Faust in Sicherheit bringen müssen, weil die Regierung starr an einer unzureichenden 20 Kilometer Evakuierungszone festgehalten hat. Er hat seine Heimat, sein Haus, seine Arbeit und sein Lebensumfeld verloren.



Foto: T. Breuer/Greenpeace

Spielplatz:

Hoch kontaminiert und frei zugänglich. In Fukushima City, ca. 60 km westlich der havarierten Reaktoren, wurden zum Zeitpunkt unseres Besuchs nicht mal die einfachsten Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung ergriffen, wie beispielsweise Parks und Spielplätze abzusperren.



Foto: T. Breuer/Greenpeace

Ökobäuerin:

Zerstörte Zukunft. Das Öko-Gemüse auf ihren Feldern ist hoch kontaminiert. Wie es weitergehen soll weiß sie nicht.

Greenpeace Messteam:

20 Kilometer nördlich der havarierten Reaktoren. Erst aufgrund der Ergebnisse der Greenpeace-Messungen wurde die Evakuierungszone partiell ausgeweitet und einige hoch kontaminierte Dörfer in bis zu 40 Kilometer Entfernung von den strahlenden Reaktorruinen evakuiert.



Foto: M. Redondo/Greenpeace

Greenpeace-Team in Fukushima:
Planung einer Reise ins Ungewisse.



Foto: T. Breuer/Greenpeace

Bürgermeister:

Im Stich gelassen. Der Bürgermeister von Minamisoma 25 km nördlich der havarierten Reaktoren wollte seine Stadt evakuieren, um die Menschen vor der radioaktiven Strahlung zu schützen. Die Zentralregierung verweigert ihm die Hilfe, weil sein Ort außerhalb der 20 km Zone liegt. Tepco nahm 11 Tagen nach dem Unfall erstmalig Kontakt mit ihm auf, um sich für den Unfall zu entschuldigen. Weitere Informationen Fehlanzeige.



Foto: C. Asundi/Greenpeace



DAS FEST ZUM PROTEST +++ 12. BIS 14. AUGUST +++ IN GEDELITZ BEI GORLEBEN

**ALLE ATOMANLAGEN STILLLEGEN!
SALZSTOCK GORLEBEN ZURÜCKBAUEN!**



**In Gedelitz bei Wieses
auf der Wiese:
Tanzen, bis der Salzstock
wackelt!**



13 Bands, VolXküche und weitere Essenstände, Info-
stände, StromweXelstand, Kinderprogramm, Kletter-
workshop, Castor-Protest-Training, Kaffee und Ku-
chen der Castorgruppen. Freut euch aufs Campen mit
Kompostklos (pro Nacht und Nase 4 Euro, Kinder frei).
Weitere Infos auf der Internetseite der BI:
www.bi-luechow-dannenberg.de.

Auf der Bühne:

Freitag:

Tempo Zoo (Rhythm and Rock Show), Blues All Star Session
(Open Stage), Analogue Birds (Worldmusic /
Drum 'n' Base), Waits for Cash (Covers)

Samstag:

Pleppo Caramba (Coverband), Straßenfeger
(Protestlieder), Manfred Maurenbrecher (Lie-
dermacher), Icke (Deutschrock), Rantanplan
(Skapunk), Simt (Indie-Rock)

Sonntag:

Sally & Sarah McDonnell (Sensitive Folk),
Crazy (Wendländische Protestsongs), Rainer
von Vielen (Zen-Metal / Teufelspop)

Solibeitrag:

5 Euro plus X. Spenden gemein und nützlich:
Der gesamte Erlös vom Fest zum Protest geht
an den Gorleben Widerstand.

TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE

01. Juli 2011	Voelkel feiert 75 Jahre Bestehen in Gorleben
30. Juni - 03. Juli 2011	Fusion-Festival, Lärz/Müritz, Flugplatz 1 www.fusion-festival.de
03. Juli 2011	13 Uhr Kundgebung an der Gronauer Urananreicherungsanlage, www.aku-gronau.de
04. Juli 2011	19 Uhr Veranstaltung zum neuen nieder- sächsischen Versammlungsgesetz mit RA J. Hentschel aus Göttingen und J. Dietsche (ehem. vorsitz. Richter am VWG Lüneburg, Mit Praxis-Extra-Teil zu Castortransporten im Gasthof Meuchefitz
10. Juli 2011	15 Uhr Ratschlag, Hotel „Alte Post“, Dannenberg
17. - 26. Juli 2011	Friedensritt 2011: Haldensleben – Magdeburg – Offene Heide – Stendal www.friedensritt.net
24. Juli - 06. August 2011	Tour de Natur von Hamburg nach Berlin www.tourdenatur.net
12. - 14. August 2011	Das „Fest zum Protest“ in Gedelitz
Jeden Sonntag: 13 Uhr Spaziergang u. 14 Uhr Gorlebener Gebet	

GEWALTFREIE BLOCKADE DES BAUSTELLENVERKEHRS ZUM ENDLAGERBERGWERK!

**Auf www.gorleben365.de kündigen X-tausendmal quer und die
KURVE Wustrow die gemeinsame Kampagne gorleben365 an:**

Im neuen Atomausstiegsbeschluss verliert die Bundesregierung
kein Wort über ein Ende der Arbeiten in Gorleben. Im Gegenteil,
in Gorleben wird weiter intensiv an der Fertigstellung eines End-
lagers gearbeitet. Wir fordern die Beendigung aller Bauarbeiten
und die Abkehr von Gorleben als Endlagerstandort.
Deshalb wird ab dem 14. August für ein Jahr an möglichst vielen
Tagen mit gewaltfreien Blockade-Aktionen der Baustellen-Ver-
kehr zum Endlager-Bergwerk in Gorleben behindert – **wenn Du
mitmachst!** Jede/r kann sich an den Aktionen von „gorleben365“
beteiligen. Jede/r kann eine eigene Blockade-Idee initiieren.
Telefon: 05861/8069514 oder kontakt@gorleben365.de

ICH ABONNIERE DIE GORLEBEN RUNDSCHAU AB DER NÄCHSTEN AUSGABE

Bitte schickt mir

- jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)
- jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)
- jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)

Name: _____

Adresse: _____

Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.
eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Kontonr.: _____ BLZ: _____

Geldinstitut: _____

Datum, Unterschrift: _____

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Rosentr. 20, 29439 Lüchow
Kto.: Sparkasse Uelzen-Lüchow-Dannenberg,
BLZ 25850110, Konto: 0044060721
Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

IMPRESSUM

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10 bis 12 mal jährlich und wird von
der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. heraus-
gegeben. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbe-
dingt die Meinung der Herausgeber wieder. Für Neuerungen, pro-
duktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar.
Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und
erneuerbare Energien einzubringen. Sie werden gerne veröffentlicht,
sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

Redaktion: A. Conradt, T. Koopmann, F. Behn, R. Zedow
Bildmaterial: PubliXviewing, Greenpeace, I. u. W. Lowin, F. Behn,
I. Schnieder, K. Rudek
Gestaltung: A. Hagen; Versand und Termine: L. Wente
Auflage: 1400; Gedruckt auf weißem 100% Recyclingpapier
BI Büro: Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
Fon: 05841 - 4684, Fax: 05841 - 3197
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de
Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di + Do 15 - 18 Uhr